

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 22 (1930)

**Heft:** 10

**Rubrik:** Tagesfragen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Aktionskomitee als Gesamtkörperschaft gestellt war, brachten für alle Mühen, Sorgen und Schwierigkeiten, denen gegenüber meine spezielle Mission mir nachträglich als ein Kinderspiel erschien.

---

## Tagesfragen.

Der Kongress 1930 des Schweiz. Gewerkschaftsbundes steht im Zeichen des Jubiläums. 50 Jahre sind noch keine grosse Zeitspanne im Leben einer Organisation. Dennoch: Für die noch so junge Arbeiterbewegung bedeuten diese 50 Jahre ungeheuer viel. Mit welchen Riesenschritten ist die soziale Entwicklung vorwärtsgegangen in diesen fünf Jahrzehnten! Es war der Weg vom Elf- zum Achtstundentag. Es war der Weg zu einer gehobeneren Lebenshaltung der Arbeiterschaft. War die Arbeitskraft damals schutzlos der kapitalistischen Ausbeutung und den durch Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit verursachten Notlagen preisgegeben, so findet sie heute gesetzlichen Schutz und vor allem auch die Hilfe der Gewerkschaftskollegen. Wir verweisen auf die Zusammenstellung über die Leistungen der Gewerkschaften, die an anderer Stelle dieses Heftes zu finden ist: 105 Millionen Franken sind zusammengebracht worden aus den Beiträgen der organisierten Arbeiterschaft. 24 Millionen wurden den arbeitslosen, 23 Millionen den kranken, invaliden und verunfallten Kollegen zugewendet. 16 Millionen flossen an die Streikenden und Gemassregelten. Und man halte sich die geführten Kämpfe vor Augen, an denen im ganzen 2,800,000 Arbeiter beteiligt waren, an Streiks allein 139,000. Und die Ergebnisse! Für 395,000 Arbeiter Verkürzung der Arbeitszeit, für 1,141,000 Lohnerhöhungen, für 314,000 Tarifverträge und für 213,000 bezahlte Ferien.

Das erste halbe Jahrhundert des Gewerkschaftsbundes war wirklich ein entscheidender Abschnitt im « Kampf um die Menschwerdung », wie Papa Greulich den gewerkschaftlichen Kampf so treffend genannt hat. Mögen die kommenden Jahrzehnte auf diesem Wege weiterführen. Die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sorgen schon dafür, dass den Gewerkschaften die Arbeit nicht ausgeht. Mit ihrem starken Mitgliederbestand und ihrer Finanzkraft stehen sie den grossen kommenden Aufgaben viel besser gerüstet gegenüber als vor 50 Jahren. Doch nicht diese Zahlen sind ja entscheidend für den Ausgang des Kampfes. Nach wie vor geben der Opferwille und das Solidaritätsgefühl der Mitglieder den Ausschlag. Diese müssen stets lebendig bleiben.

\*

Die Gewerkschaftsstatistik findet jedes Jahr grosse Beachtung in den Organen der Unternehmerverbände und bei ihren Hofblättern in der bürgerlichen Presse. Die Verbands-

zeitungen der gewerkschaftlichen Splitterorganisationen verhalten sich in letzter Zeit ziemlich still, denn vom « andauernden Rückgang » der freien Gewerkschaften können sie nicht mehr schreiben; das glaubt ihnen niemand mehr. Und die Stärkung der Konkurrenz gibt man nicht gerne zu, besonders wenn man selbst schwach ist.

Die Arbeitgeber allerdings sind klug genug, den Gegner nicht zu unterschätzen. Die « Schweiz. Baumeister-Zeitung » gibt den « unbestreitbaren neuerlichen Aufstieg der klassenkämpferischen Organisationen » ohne weiteres zu, auch die « Arbeitgeber-Zeitung ». Diese beeilt sich aber zu betonen, dass die Gewerkschaftsbewegung ihrem Wesen nach gleich geblieben sei, wenn sie auch ihre Taktik und ihre Ausdrucksformen geändert habe. Trotzdem sich der Bildungsstand der Gewerkschaftsfunktionäre gehoben habe und der Ton in den Verhandlungen anständiger geworden sei, so « dominiert doch noch das Klassenkampfdogma der Gegensätzlichkeit der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und das Streben nach Herabwürdigung und Ausschaltung des privaten Unternehmertums bei den führenden Männern des Gewerkschaftsbundes ». Dem fügt das Organ des Zentralverbandes der Arbeitgeber-Organisationen noch eine Definition des Ausdruckes « Klassenkampfpolitik » bei:

« Dogmenbefangene, oft hasserfüllte Einseitigkeit, die besserer Einsicht und gegenseitiger Verständigung immer wieder den Weg versperrt, scheint uns das Kriterium der Klassenkampfpolitik zu sein. »

Nach unserer ganz unmassgeblichen Ansicht passt diese Definition ausgezeichnet auf das Verhalten der meisten Unternehmer, ganz besonders aber der Arbeitgeberverbände, die wir somit als Musterbeispiel von Klassenkampforganisationen im Sinne der « Arbeitgeber-Zeitung » bezeichnen möchten.

Wir bekennen offen, dass die Gewerkschaften ihre Auffassung über den Klassenkampf, der zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, zwischen Besitzenden und Besitzlosen geführt wird, nicht geändert hat. Und wir sind stolz auf das Zeugnis der « Arbeitgeber-Zeitung », dass sich das Wesen der Gewerkschaftsbewegung in diesem Sinne gleich geblieben ist.

Die Ursachen des Wachstums der Gewerkschaften erblickt die « Arbeitgeber-Zeitung » neben den Einflüssen der Konjunktur und der intensiven Agitation im Ausbau des Unterstützungswesens. Es wird anerkannt, dass die Leistungen der Gewerkschaftsmitglieder immer grösser werden, und die Mahnung daran geknüpft: « Man wird auf Arbeitgeberseite in der Opferfreudigkeit für die Interessenvertretung nicht zurückbleiben dürfen. »

Um die Bedeutung der Gewerkschaften zu verkleinern, vergleichen die Unternehmerorgane die Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder mit der Gesamtzahl der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten. Weil die Zahl der Unorganisierten grösser sei als die

der Organisierten, glauben sie, der Gewerkschaftsbund sei nicht befugt zur Vertretung der schweizerischen Arbeiterinteressen. Wir möchten die Gegenfrage stellen: Werden die Unternehmervverbände etwa die unorganisierten Arbeitgeber als ihre Vertreter anerkennen? Oder würden sie bedeutungslosen Splitterorganisationen, wenn es solche gäbe in ihrem Lager, diese Befugnis zugestehen?

\*

Im Lager des Arbeitgeber-Verbandes ist grosse Aufregung entstanden, weil ein englischer Professor die Schweiz in den internationalen Reallohnvergleich einbezogen hat. Bekanntlich weigerte sich das Eidgenössische Arbeitsamt bis jetzt auf Betreiben der Unternehmervvertreter, dem Internationalen Arbeitsamt Lohnangaben für internationale Vergleichszwecke zur Verfügung zu stellen. Es ist daher leicht verständlich, dass private Versuche unternommen werden, schweizerische Vergleichszahlen zu erhalten, wobei dann die Gefahr besteht, dass unrichtige Zahlen verwendet werden. In der Statistik Prof. J. H. Richardsons werden folgende Stundenlöhne angegeben (Index auf der Grundlage von Grossbritannien = 100):

	Durchschnittlicher Stundenlohn		Index des Nominallohnes	Index des Reallohnes bei Berücksichtigung der Nahrungskosten
	in Landeswährung	in Dollars		
Grossbritannien . . . . .	1 s. 5 ¾ d.	—36	100	100
Schweden . . . . .	1.54 Kr.	—41	114	109
Dänemark . . . . .	1.56 Kr.	—42	117	107
Schweiz . . . . .	1.55 Fr.	—30	83	84
Deutschland . . . . .	1.25 Mk.	—30	83	78
Tschechoslowakei . . . . .	7.54 Kr.	—22	61	73
Polen . . . . .	1.55 Zl.	—18	50	65

Danach wäre das Niveau der Reallöhne in der Schweiz 16 Prozent niedriger als in England, mehr als 20 Prozent tiefer als in den nordischen Ländern und nur unwesentlich höher als in Deutschland. Wenn diese Statistik falsch ist und die Löhne in der Schweiz so hoch sind, wie die « Arbeitgeber-Zeitung » behauptet, warum wehren sich dann die Arbeitgebervertreter so heftig gegen die Lieferung von besseren Zahlen? Fürchten sie am Ende nicht doch, die schweizerische Industrie könnte mit ihren Löhnen wenig ehrenvoll bestehen? Uebrigens ist die von der « Arbeitgeber-Zeitung » angeführte Tatsache, dass « schweizerischen Firmen im englischen Sprachgebiet Schwierigkeiten erwachsen » aus der Publikation niedriger Löhne, ein Beweis mehr dafür, dass hohe Löhne kein so grosses Hindernis der Konkurrenzfähigkeit sind, wie die Unternehmer immer glauben machen wollen. In manchen Fällen sind sie sogar im Gegenteil die Voraussetzung von Aufträgen. Es wäre ja leicht möglich, dieses Hemmnis des schweizerischen Exportes, niedrige Löhne, zu beseitigen. Die Gewerkschaften helfen gerne mit.

\*

Die Wirtschaftspolitik nach Brugger System scheint allmählich doch auch ausserhalb der organisierten Arbeiterschaft auf Opposition zu stossen. Selbst sonst regierungstreue Blätter finden, es sei jetzt genug getan worden in Sachen Zollerhöhung auf Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Subventionen. Der Bundesrat selbst weist in seiner Botschaft über die Hilfeleistung an die Milchwirtschaft nach, dass die bisherige Politik der Unterstützungen falsch war. Als logische Folgerung aus dieser Erkenntnis beschloss er — eine neue Erhöhung des Butterzolls. Das beweist, wie stark der Bundesrat unter dem unheilvollen Einfluss von Brugg steht, aber auch wie hilflos er selbst dem Landwirtschaftsproblem gegenübersteht. Es gibt heute keinen landwirtschaftlichen Produktionszweig, der nicht in irgendeiner Form Subventionen oder Hilfe bezieht vom Staat. Für den Getreidebau geht die Unterstützung so weit, dass der Staat den Bauern mehr als das Doppelte des Weltmarktpreises garantiert. Diese Almosenpolitik muss einmal ein schlimmes Ende nehmen.

\*

Dass der Bundesrat auch einmal eine Sache, die von der Arbeiterschaft angeregt wird, prompt an die Hand nehmen kann, wollen wir gerne anerkennen, wenn wir die seltene Gelegenheit dazu haben. Die im letzten Heft der « Gewerkschaftlichen Rundschau » veröffentlichte Eingabe des Gewerkschaftsbundes betreffend Arbeitsbeschaffung hat den Bundesrat veranlasst, den Departementen des Bundes und der Kantone zur Kenntnis zu bringen, dass es angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit wünschenswert sei, die für die nächste Zukunft in Aussicht genommenen Aufträge für öffentliche Arbeiten soweit tunlich möglichst bald auszuführen. Ausserdem ist das Volkswirtschaftsdepartement mit der Prüfung der Frage betraut, ob und in welcher Weise eine dauernde systematische Verteilung der öffentlichen Aufträge anzustreben sei.

Wir hoffen, dass damit der Anfang gemacht ist zu einer planmässigen staatlichen Konjunkturpolitik. Damit diese jedoch möglichst grossen Erfolg hat, ist eine enge Zusammenarbeit nötig mit den Behörden der Kantone und grösseren Gemeinden sowie mit den massgebenden Wirtschaftsverbänden und ist ausserdem eine systematische Aufklärung der Öffentlichkeit wünschenswert.